



# RECHTSEXTREMISMUS IN BRANDENBURG

## PODIUMSDISKUSSION

28. AUGUST 2014 | 19 UHR | EINSTEIN FORUM POTSDAM | AM NEUEN MARKT 7 | 14467 POTSDAM

Rechtsextremismus macht in Brandenburg immer wieder Schlagzeilen. Dazu gehören sowohl Versuche, gegen Flüchtlinge Stimmung zu machen, als auch rechtsextreme Provokationen vor der Gedenkstätte Sachsenhausen. Selbst wenn derzeit der Einzug der rechtsextremen NPD in das Landesparlament unwahrscheinlich erscheint, bleibt das Thema aktuell. Die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus und die Förderung von demokratischem Bewusstsein, Zivilgesellschaft und Toleranz werden auch in der kommenden Legislaturperiode den Brandenburger Landtag beschäftigen.

Die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten und das Moses Mendelssohn Zentrum wollen mit Mitgliedern aller im Landtag vertretenen Parteien über das Themenfeld diskutieren.

### Begrüßung:

Prof. Dr. Julius Schoeps, Direktor des Moses Mendelssohn Zentrums  
Prof. Dr. Günter Morsch, Direktor der Stiftung  
Brandenburgische Gedenkstätten

### Podiumsteilnehmer:

Andreas Büttner, Mitglied der FDP-Landtagsfraktion  
Margitta Mächtig, Vorsitzende der Landtagsfraktion DIE LINKE  
(angefragt)  
Klaus Ness, Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion  
Sven Petke, Mitglied der CDU-Landtagsfraktion (angefragt)  
Yvonne Plaul, Landtagskandidatin von Bü90/Die Grünen

Moderation: Torsten Mandalka, RBB

Gleichzeitig wird an dem Abend der von der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten und dem Moses Mendelssohn Zentrum jüngst veröffentlichte Sammelband »Angriffe auf die Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen. Rechtsextremismus in Brandenburg und die Gedenkstätte Sachsenhausen«, Berlin (Metropol) 2014, der Öffentlichkeit vorgestellt. **Information:** Agnes Ohm, Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen, 03301-810921, ohm@gedenkstaette-sachsenhausen.de



Die Veranstaltenden behalten sich vor, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, den Zutritt zur Veranstaltung zu verwehren oder von dieser auszuschließen.